

Stadt Graz: Millionen verpulvert

Die Stadt zeigte sich bis zum Kulturhauptstadt-Jahr 2003 sehr großzügig. Bei Großprojekten waren sich ÖVP und SPÖ stets einig, hohe Summen locker zu machen. Allein die Kulturhauptstadt kostete mehr als 27 Millionen Euro aus dem Budget der Stadt; ohne Projektkosten wie 1,3 Millionen für die gespiegelte Stadt oder das Eröffnungsfest um 2,1 Millionen.

Schwerer wiegen freilich diverse Bauten. Die Murinsel schlug samt Murufergestaltung mit 7,4 Millionen Euro zu Buche. Eine läppische Summe im Vergleich mit den 52 Millionen Euro für das Kunsthaus (mehr als 23 Millionen Euro von der Stadt). Oder verglichen mit den 41 Millionen Euro für die Stadthalle (18 Millionen von der Stadt).

Dazu kommen satte Zuschüsse, die pro Jahr bezahlt werden müssen: Etwa 4,2 Millionen Euro für die Messe oder 1,6 Millionen Euro für die Stadthalle.

Girl's day 2006 - Berufsinformation für junge Frauen

Der Frauenanteil in der Justiz ist relativ hoch: So sind 43% der Richter und sogar 62% der Richteramtswärter weiblich. In der Justizwache hängt der Frauenanteil mit nur 9% stark hinterher.

Daher gibt es am **27. April** in der **Justizanstalt Jakomini** einen Einblick in die verschiedenen Berufsgruppen im Strafvollzug sowie die Möglichkeit die Jugendabteilung in der Justizanstalt Jakomini zu besuchen.

Information: 0676/89 89 73 805 oder 0316/832 832 - 407 E-Mail: manfred.ulrich@justiz.gv.at



HOHE POLITIKERBEZÜGE NICHT GERECHTFERTIGT!

SPAREN BEIM GELD

Politiker sollen nicht mehr verdienen als die Mehrheit der Bevölkerung, meint die KPÖ und fordert eine Neuregelung der Politikerbezüge. Mit dem Ausgleichszulagenrichtsatz als Rechengrundlage bekämen Landespolitiker um ein Drittel weniger.

Die KPÖ denkt an eine Einkommens-System, das nicht nur die Personalkosten für das Land Steiermark senkt, sondern auch für mehr Gerechtigkeit sorgen kann. „Politiker dürfen sich mit ihrem Einkommen nicht vom Gros der Bevölkerung abheben. Wie sollen sie sonst die Belastungen nachvollziehen können, die sie beschließen. Ein politisches Amt ist ein

POLITIKER-BEZÜGE:

Wer es etwa als Abgeordneter in den Landtag schafft, bekommt derzeit 5.022 Euro brutto pro Monat; der Landeshauptmann bezieht 14.682 Euro. Sehr gut hat man's auch im Nationalrat: 7.727 Euro verdient jeder Abgeordnete. Im Bundesrat bekommt man immerhin noch 3.864 Euro pro Monat. Alle Beträge verstehen sich 14 Mal pro Jahr!

Ehrenamt, das Engagement erfordert und nicht wie ein Manager-Job bezahlt werden muss“; sagt KPÖ-Mandatarin Renate Pacher.

Maßstab Mindestlohn

Die Idee der KPÖ: Als Berechnungsgrundlage dient nicht mehr die Obergrenze des Bezugsschemas, sondern der Ausgleichszulagenrichtsatz von 690 Euro, der je nach

politischem Amt mit einem Faktor multipliziert wird. Real bekämen Landespolitiker damit ein Drittel weniger – was noch immer weit über dem Durchschnittseinkommen der Österreicher liegt. Die Abstimmung darüber hat der Landtag allerdings vorerst verhindert.

Der Vorschlag von KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger zur Einsparung von Personalkosten geht im Gegensatz zu den von SPÖ-Landesrat Helmut Hirt vorgestellten Plänen nicht zu Lasten der Landesbediensteten. Hirt möchte ja 50 Dienstposten einsparen, weil er sich mit seinem Plan, die Gehälter der Landesangestellten um weniger als die im Bund vereinbarten 2,7 Prozent zu erhöhen, nicht durchsetzen konnte. „Die Leistungseinschränkung, die sich dadurch ergibt, wird